



# PRESSEMITTEILUNG

26.01.2016

## **Schließung der Schule Lienastraße – Bürgerverein lädt zu einer Podiumsdiskussion ein**

Die Initiative „Schule Berne muss bleiben“, der Bürgerverein Farmsen-Berne und alle kommunal- und gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen des Stadtteils können und wollen es nicht akzeptieren, dass die Schule Berne in der Lienastraße mit Ablauf dieses Schuljahres geschlossen werden soll.

Der Bürgerverein hat es übernommen, die schulpolitischen Sprecher aller Fraktionen der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung Wandsbek zu einer Podiumsdiskussion einzuladen. Sie findet am **Mittwoch, dem 03.02.2016, 19:00 Uhr**, in der Turnhalle der Schule Lienastraße statt.

Allen Beteiligten ist es nach wie vor unverständlich, dass es trotz großen bürgerlichen Engagements bisher nicht gelungen ist, den Schulsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Ties Rabe, von seinem Entschluss abzubringen, die Schule Lienastraße zu schließen. Insbesondere die Tatsache, dass auch die Bezirksversammlung Wandsbek sich einhellig gegen die Schließung positioniert hat, der Regionalausschuss des Bezirksparlaments der Initiative „Schule Berne muss bleiben“ für ihr Engagement am 10.12.2015 den Umwelt- und Sozialpreis 2015 verliehen hat und darüber hinaus die Wandsbeker Bezirkspolitiker auf Antrag der rot-grünen Koalition dem von der Initiative eingereichten Bürgerbegehren geschlossen beigetreten sind, wirft aus der Sicht des Bürgervereins Fragen auf. „Ich gehe immer noch davon aus, dass die Politik bei ihren Entscheidungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Auge hat“, so der 1. Vorsitzende des Bürgerverein, Hans-Otto Schurwanz. „Ich gehe auch davon aus, dass bei den Entscheidungen, die einen Stadtteil in besonderem Maße berühren, das Votum der gewählten Bezirksabgeordneten eine bedeutende Rolle spielt. Wenn dem nicht so wäre, stellt man die Bezirksparlamente in ihrer Funktion infrage“, so Schurwanz weiter. Überdies seien Vorschläge, die zu einer besseren Auslastung des Schulgebäudes geführt hätten, in den Wind geschlagen worden. Er werde den Eindruck nicht los, das man in der Schulbehörde nur ein Ziel verfolgt: Man will das unter Denkmalschutz stehende Schulgebäude an die Finanzbehörde abgeben, die es dann aus einem anderen Haushaltstopf saniert und gewinnbringend einer anderen Nutzung zuführt, „Ich mag es einfach nicht glauben, dass der mehr als deutlich artikulierte Bürgerwille in dieser Art und Weise mit Füßen getreten wird. Auch vor dem Hintergrund, dass durch die große Zahl der jugendlichen Flüchtlinge in unserem Stadtteil zukünftig Schulräume dringend benötigt werden und die umliegenden Schulen bereits jetzt über Engpässe klagen, ist die Schulschließung den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar. Ich appelliere deshalb an den Schulsenator und die verantwortlichen Politiker; Nehmen Sie Ihre Entscheidung zurück!“, so Schurwanz.